

Art. 12. Dieses Uebereinkommen wurde in zwei gleichlautenden, ungetempelten Exemplaren ausgefertigt, wovon jedem contrahirenden Theile ein Exemplar aus- gegeben worden ist.

Wien, am 27. Juli 1869.

Mlener m. p.,

f. k. Handelsminister, im eigenen

und im Namen des Herrn f. k. Finanzministers.

(L. S.)

K. k. priv. Südbahngesellschaft.

Hopfen m. p.

Winterstein m. p.

(L. S.)

Der Minister des Innern hat einvernehmlich mit den anderen betheiligten Ministern den Karl Freiherr Zoiss'schen Erben gemeinschaftlich mit den Herren V. C. Luckmann, B. Seunig, C. Holzer und A. Dreo die Bewilligung zur Gründung einer Actiengesellschaft in Laibach unter der Firma: „Krainische Industrie-Gesellschaft“ erteilt und die betreffenden Statuten genehmigt.

Der Justizminister hat den Gerichtsadjuncten bei dem Kreisgerichte in Leoben Wenzel Dörfler zum Rathsecretär daselbst ernannt.

Am 18. August 1869 wurde in der f. k. Hof- und Staatsdruckerei das LVIII. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

- Daselbe enthält unter
- Nr. 138 das Uebereinkommen vom 27. Juli 1869, welches auf Grund des Gesetzes vom 20. Mai 1869 zwischen dem f. k. Handelsministerium und dem f. k. Finanzministerium in Vertretung des f. k. Alerars einerseits und dem Verwaltungsrathe der f. k. priv. Südbahngesellschaft andererseits zum Zwecke der Herstellung der Eisenbahnlinien Villach-Franzensfelde und St.-Peter-Flume abgeschlossen worden ist;
- Nr. 139 die Verordnung des Justizministeriums vom 7. August 1869 betreffend den Beginn der Amtswirksamkeit des Bezirksgerichtes Würtenthal in Schlesien;
- Nr. 140 die Ermächtigung des Finanzministeriums vom 7. August 1869 über die Ermächtigung der Hauptzollamts-Expositur am Bahnhofe in Brody zur Anwendung des Aufgabereisens;
- Nr. 141 die Verordnung des Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 8. August 1869 betreffend die Befähigung für das Lehramt der italienischen, französischen und englischen Sprache an-Realtschulen, wirksam für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, mit Ausnahme des Königreiches Galizien und Lodomerien, des Großherzogthums Krakau und des Erzhzogthums Oesterreich ob der Enns. (W. Bz. Nr. 189 vom 18. August.)

Nichtamtlicher Theil.

Die Berliner Volkszeitung über die Fehde mit Oesterreich.

Unter dem Titel: „Aster-Patriotismus“ bringt die „Berliner Volkszeitung“ nachstehende zutreffende Charakteristik des Zeitungs- und Depeschekrieges wider Oesterreich:

Die auswärtigen Angelegenheiten Preußens werden in der national-liberalen Presse nach einer außerordentlich einfachen Formel besorgt. Sie lautet entweder: „Etsch, etsch Frankreich!“ oder „Etsch, etsch Oesterreich!“ Macht Louis Napoleon eine Reise, um mit Franz Josef zusammenzutreffen, und es bleibt dennoch die angekündigte Allianz aus, so ist Oesterreich das gute friedliebende Kind, daß sich von Frankreich nicht will ver-

führen lassen. Da lautet denn sofort die Parole: Etsch, etsch Frankreich!“ Etsch, etsch, du Chauvinismus, du bist dumm, du siehst nicht, wie Oesterreich im Innern genug zu thun hat und deine Kastanien nicht aus dem Feuer holen will. Nun hast du dich blamirt, nun bist du geklatzt, nun bist du ohnmächtig! Etsch, etsch Frankreich! Etsch, etsch Frankreich!

So geht es denn Woche ein, Woche aus von der sehr unabhängigen „Weser-Zeitung“ in die unabhängige „National-Zeitung“ von dieser in die Magdeburger, von der Magdeburger in die „Zeitung für Norddeutschland.“ Da werden wohlbesoldete Correspondenzen in Paris und in London als freie Aeußerung der „auswärtigen“ Presse in der inländischen Presse citirt und der Ball fliegt von Hand zu Hand, daß es eine wahre Lust ist, das blut- lechzende Frankreich so herrlich unter die Bank gewiesen zu sehen. Kaum sind die Wochen in wohlfeiler Schablone vorübergegangen und es läßt sich eine österreichische Zeitung, eine österreichische Depesche, eine officielle oder officiose Aeußerung mißliebiger Natur blicken, dann liegt es ganz auf der flachen Hand, daß Oesterreich nach Blut lechzt, daß es sich mit niederträchtiger Unterwürfigkeit vor Frankreich flehend am Boden wälzt, damit dies doch ja den Krieg beginne; dann ist es ausgemacht, daß man Deutschland zu verkaufen bereit sei und man es nur der Weisheit des mit seinen inneren Angelegenheiten beschäftigten Frankreich zu verdanken habe, wenn nicht bereits die Welt in Brand steht. Da tritt dann wieder die treffliche Parole in ihr Recht und „etsch, etsch Oesterreich“ ist an der Tagesordnung und sie läuft wieder am Schnürchen ab von Zeitung zu Zeitung, um — — — man kann darauf schwören — innerhalb Monatsfrist wieder in „etsch, etsch Frankreich!“ umgewandelt zu werden.

Neuerdings haben einige schriftliche und mündliche Aeußerungen des Grafen Beust wie ein ganz besonderer Zauber die Lebensverlängerung der Parole bewirkt. Im österreichischen Rothbuch schimmert gerade nicht viel Preußenliebe durch, obgleich irgend ein feindseliges Wort gegen Preußen darin nicht enthalten ist. Aber das Rothbuch selber ist ein Dorn im Auge unserer Geheimnißrämer, und da ist es doch „patriotisch,“ dasselbe anzusehen und Gift und Galle über den „Schwäger“, den „Zeitungs-schreiber“ auszuschütten, der dergleichen einer Volksvertretung darbietet. Ein österreichischer Minister denkt natürlich über die Südstaaten Deutschlands und über die belgische Angelegenheit anders als ein preußischer. Das ist ein entsetzliches Verbrechen, da muß der „Vielschreiber“ tagtäglich Spießruthen laufen und immerfort geprügelt werden, wegen der Sucht, Depeschen in die Welt zu schleudern, die uns nicht gefallen. Da wird zum lichten Gegenjag die außerordentliche Schweigsamkeit unseres auswärtigen Ministers gerühmt. Nun scheint der österreichische Minister in sich zu gehen. In der Delegirten-Versammlung werden unter Ungarn und Deutschen achtungswerthe Stimmen laut, welche wünschen, daß eine ernste Ausöhnung zwischen Oesterreich und Preußen angebahnt werde. Graf Beust stellt dem die Versicherung entgegen, daß ein feindseliges Verhalten nicht obwalte, daß eine etwaige Allianz mit Frankreich nicht existire, daß ein freundschaftliches Verhältniß zu Preußen auch von ihm gewünscht werde, daß jedoch auf einige Versuche dahin, ein Entgegenkommen von Seite Preußens nicht erfolgt sei. Angenommen nun, es stehe mit dieser Versicherung gerade nicht so, wie man schließen sollte; angenommen, es lebe noch in dem österreichischen Cabinet ein Rest von Galle aus den Zeiten, wo eine Allianz mit Preußen sich in einen blutigen

Krieg verwandelt hat — so müßte doch unseres Erachtens jeder denkende, wahre Vaterlandsfreund dahin streben, diese scheinbare oder ernste günstige Stimmung für Preußen möglichst zu stärken und nicht aufs neue durch Schimpf und Klatzsch zu trüben. Aber die Parole ist einmal: „Etsch, etsch Oesterreich!“ und von dieser kommt man nicht los.

Es sind noch nicht zwei Wochen her, als in lebhaftester Klapperjagd dieser Parole die hohe Tugend des Schweigens gepriesen worden ist, die Graf Bismarck gegenüber dem österreichischen Gesandten in Berlin beobachtet. Jener schwagende Reichskanzler und dieser schweigende Reichskanzler! damit wurden Correspondenzen und Leitartikel von Zeitung zu Zeitung colportirt. Was wird das Thema der nächsten Woche sein? — Ein Depesche des preußischen Ministeriums, die jetzt veröffentlicht wird, fragt an nach dem Merkzeihen der vorgeblich freundlichen Gesinnung Oesterreichs und zählt dabei, daß der österreichische Gesandte, Graf Wimpffen, seit dem Frühjahr 1868 niemals der Wunsch nach einer Unterredung mit dem Grafen Bismarck geäußert. Die Weisheit des Schweigens ist also hier auf Seite des österreichischen Vertreters! — Da wird sich denn mit einemmale die Scene umkehren und Correspondenzen und Leitartikel werden diese Zurückhaltung aufs Bitterste anklagen und aus der „Tugend“ ein Laster machen. Wie stehen denn aber die Dinge all diesen Thorheiten gegenüber in Wahrheit?

Wir haben keinen Grund und, aufrichtig gesagt, auch kein Auercht, auf Sympathien im französischen und im österreichischen Cabinet zu rechnen! Wir haben im Gegentheil zu fürchten, daß bei Fortsetzung der in steter Abwechslung der Parole gesteigerten Verbitterungen und Aufreizungen doch über kurz und lang die Allianz Frankreichs und Oesterreichs zu Stande kommt. Hingegen aber stehen uns zwei Allirte zu Gebote. Der Eine ist der Fortschritt der Freiheit in Oesterreich und die Volksströmung in Frankreich, die in beiden Staaten die freisinnigen Parteien immer mächtiger machen, welche den Frieden in Europa wünschen; und der zweite Allirte, der uns zu Gebote steht, ist der Fortschritt der Freiheit in Deutschland, den wir fördern könnten, wenn wir nur endlich das ewige Bramarbasiren mit dem militärischen Siege beiseite lassen, und ein neues volksthümliches Staatsleben begründen wollten.

In Oesterreich und in Frankreich sehen wahre Volksfreunde dies ein. Offen und unumwunden sprechen sich dort zu unserer Freude Preußen und Deutschland fremdliche Stimmen aus! Bei uns jedoch wird es für „Berath“ gehalten, wenn man das Große, das in Oesterreich vorgeht, lobt. Da steckt die Weisheit noch tief in dem Alter-Patriotismus, der durch hirnverderbte Parolen statt Freundschaft nur Feindseligkeit und Verbitterung anbahnt! Es ist hohe Zeit, von diesem Aster-Patriotismus endlich abzulassen!

9. Sitzung der Delegation des Reichsrathes

Wien, 17. August.

Der Präsident Fürst Auerberg eröffnet die Sitzung um 1/2 12 Uhr.

Auf der Ministerbank in Vertretung der Regierung Vice-Admiral Tegetthoff, die Marineschiffs-Kapitane Auerhammer und Eberan und Fregatten-Kapitane Funf.

Tagesordnung: Bericht über das „Budget der Kriegsmarine.“ Als Berichterstatter fungirt Delegation Steffens, der von vornherein erklärt, daß er, wenn zum Berichterstatter ernannt, nicht mit allen Punkten des Berichtes übereinstimme. Im Allgemeinen beantragt der Ausschuß folgende zwei Resolutionen zu fassen und zwar:

„Es sei zur Vermeidung von Transpositionen einzelner Posten zu verschiedenen Titeln das f. und l. Ministerium aufzufordern, das Marine-Präliminare darauf zu ordnen, daß die Titel und Posten dem sachlichen Zusammenhange und der leichteren Uebersicht vollkommen entsprechen.“

Ferner bezüglich der Gagenerhöhung die Resolution: „Die Gagenerhöhung wird für die Marine-Officiere, Auditore und Aerzte bis einschließlic zum Majorat nach der Regierungs-vorlage, für die Beamten des Marine-Commissariates in der 9. Diätenklasse auf 1000 und 900, in der 10. Diätenklasse auf 720 fl. bewilligt.“

Es wird die Generaldebatte eröffnet. Das Wort nimmt Delegirter Wüllerstorff. Derselbe spricht für Gagenerhöhung auch bezüglich der Stabs-officiere der Marine. Man müsse zwischen den Stabs-officiere der Marine und denen der Armee einen Unterschied machen; erstere agiren in der Regel selbstständig und es bestehe bei der Marine jene Abhängigkeit nicht, wie bei der Armee.

An den Marine-officier werden nach jeder Richtung weit höhere Anforderungen gestellt. Die Opfer, die er bringt, sind enorm. Auch der Geistliche und der Beamte am Bord hat eine andere Stellung. Er lebt zu Schiff und ist denselben Gefahren ausgesetzt, wie der gemeine Matrose, was bei der Landarmee nicht der Fall. Dies möge berücksichtigt werden.

Baron Pascolini spricht im selben Sinne. Das Princip der Gleichheit in den Emolumenten und das

am Flügel lehnte und blätterte. Sehen Sie sich, sprach er zu diesem, ich habe versprochen, Ihnen die Geschichte vom „Fliegenden Holländer“ zu erzählen und ich finde jetzt die beste Gelegenheit hiezu, da Aurelia noch einige Stunden des Schlafes genießen dürfte, ehe sie ihren alltäglichen Abendgang in die Marcuskirche antritt.

Aurelia hatte das Glück der ersten Liebe noch nicht voll genossen, als sie wegen Kränklichkeit ihres Vaters ihren Aufenthaltsort wechseln mußte. Ich rieth für Corfu, und da ich ein alter Freund des Hauses war, ward ich zum Begleiter gebeten, welche Einladung mir umso mehr schmeichelte, als sie mir Gelegenheit bot, die edlen Menschen, die meiner Obhut anvertraut waren, vollkommen und innig kennen zu lernen. Nicht lange nach unserer Ankunft auf Corfu erkrankte Aurelia, und trotz dem milden herrlichen Klima dieser Insel mußte sie wochenlang das Zimmer hüten, um ihren Zustand nicht zu verschlimmern. Der erste Schmerz ihrer Trennung hatte sie vollkommen gebrochen. Ich erkannte ihr Seelenleiden alsbald an jenen Symptomen, wie sie sich gewöhnlich bei vollreifen Mädchen, die zum ersten male das Opfer glühender Leidenschaft werden, äußern: das matte, träumerische Auge, auf dessen Grunde sich der stille Schmerz der Seele abspiegelt; alle Gedanken des übervollen Kopfes, die in den lieblichen Sternen schwimmen; das absterbende Roth der Wangen, an dessen Stelle jene leidende Blässe tritt, wie sie den antiken Statuen eigen, die wir in der Jugend so sehr lieben, da sie unsern Idealen am nächsten kommen; ja selbst am Gange, der mehr träumend als wachend ist. Es war ein Gesicht, halb geistig, halb Materie, ein bläulich-weißer Krytall, hinter welchem man das milde Blut

sehen konnte, das wie sanftes Sternenlicht durch ihre Wangen rieselte — es war ein Gesicht, das dem Fremden Ehrfurcht und stumme Scheu einflößt, den Vertrauten aber Wehmuth und Mitleid.

Zu diesem Zustande verblieb sie volle zwei Monate, nahezu ohne Geistes-thätigkeit in passives Hinbrüten versunken, halb im Leben, halb schon im geistigen Jenseits, denn sie erkannte die Hoffnungslosigkeit ihrer Leidenschaft und harrete mit stiller Resignation auf die Dinge, die da kommen sollten. Ich habe den Gegenstand ihrer Neigung nie gekannt; er war, so viel ich aus ihren Reden entnehmen konnte, nur vorübergehend in ihrer Nähe und wenn ich nicht irre, während einer Winterreise in dem klimatischen Curort Meran, aber der Briefwechsel, der sich seit jener ersten Trennung entspann nährte ihre Leidenschaft bis zu einer schrankenlosen Schwärmerci. Ich habe einige dieser Briefe gelesen, freilich verstohlen, denn aus ihren Händen hätte ich sie niemals erhalten, aber ich las sie nicht aus kindischer Neugierde, ich wollte auf diese Weise wo möglich ihrem Leiden auf den Grund kommen, da alle anderen Versuche bereits fehlgeschlagen hatten. Er muß sehr geistreich sein, denn er schreibt nicht wie andere Menschen; er muß aber auch sehr viel Gefühl haben, denn er liebt wie ein junger Gott des alten Attica. Das letztere hätte nichts zu sagen, das erstere ist gefährlich. Geistreiche Menschen lieben wahr und tief; aber sie nähren keine hoffnungslose Leidenschaft, die ihrem kalten Verstande widerspricht. So war Aureliens Ritter und dies mußte sie verderben.

(Fortsetzung folgt)

Beizgen zwischen See- und Landarmee könne nicht sich halten, das wird selbst die Letztere einsehen, denn zu Schiffe wächst die Verantwortung mit der Charge. Auch er weist auf die hohen Anforderungen hin, die an die Marineofficiere gestellt werden, und meint, daß höhere Verdienste auch höhere Bezüge beanspruchen. Uebrigens wären die finanziellen Opfer hier nicht groß, wenn die Regierungsansätze genehmigt würden, so betrüge dies bloß ein Plus von 24.000 fl.

Dr. Rehbauer verwahrt sich gegen den Ausdruck, daß es eine Vermessenheit sei, über Marine-Angelegenheiten zu reden, ohne in der Marine gebient zu haben. Wenn dies der Fall wäre, so müßte die Volkswertretung aus lauter Beamten, Richtern und Officieren bestehen, und Derjenige würde seine Pflicht schlecht erfüllen, der nicht Hauptmann ist.

Sein Begriff der Volkswertretung sei nun ein anderer. Was nun die Gagenerhöhung anbelange, so komme ihm dieselbe in den Budgetverhandlungen bereits wie die Sreschlange vor. In dessen so viel stehe fest, die Finanzlage Oesterreichs ist bescheiden, und er glaube, daß sich die Functionäre diesem Umstande fügen müssen. Die Gefahr, welcher die Beamten ausgesetzt sind, sei nicht so groß, sie kommen nicht in die Lage, in die Luft gesprengt zu werden, da sie zumeist bei Aemtern auf dem festen Lande angestellt sind. Was endlich die Geistlichkeit anbelange, so wiederhole er, was er bei dem Budget der Landarmee angeführt hat, daß die Geistlichkeit der Armee im Vergleich mit den Landsparrern z. B. äußerst glänzend situiert sei und einer Gagenerhöhung nicht bedürfe.

Der Präsident bringt sonach den Antrag Wüllerstorff, es seien die Propositionen der Regierung anzunehmen, zur Unterstützung.

Der Antrag wird zahlreich unterstützt und kommt sonach in Verhandlung. Vice-Admiral Tegethoff wiederholt im Wesentlichen die Ausführungen Wüllerstorffs, auch er macht auf den Unterschied der Stellung und Verantwortung zwischen Land- und Seeofficieren aufmerksam und weist auf die Reorganisation im Beamtenstatus hin, wodurch trotz der Gagenerhöhung noch immer Ersparnisse erzielt werden.

Deleg. Dr. Sturm ergreift das Wort, um davor zu warnen, daß die Sympathien für die Marine Anlaß geben könnten, den Standpunkt gegenüber dem Budget zu verlassen. Das Marinebudget wächst seit 1866 stetig.

Was die Gagenerhöhung betrifft, so weist Dr. Sturm darauf hin, daß in dem Exposé der Marineverwaltung die Gagenerhöhung für die Landarmee beantragt wird, und heute findet man, daß die Marineofficiere gestellt in eine Parallele mit den Officieren der Landarmee werden können.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters Steffens bleibt bei der Abstimmung der Antrag des Barons Wüllerstorff (Annahme der Regierungsansätze) in der Minorität und der Ausschufsantrag wird angenommen.

Hierauf bringt der Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke als Regierungsvorlage das wegen Kompetenzbedenken in der ersten Sitzung der Delegation abgesetzte Capitel „gemeinsame Pensionen“ ein. Es wird hierzu ein Nachtragscredit gefordert.

Die Vorlage wird dem Budgetausschusse zugewiesen.

Vom Marine-Budget werden hierauf sämtliche Titel des Ordinariums ohne Debatte angenommen, desgleichen der Antrag des Ausschusses, betreffend das Birement. Auch die eigenen Einnahmen der Marine werden nach der Regierungsvorlage eingestellt.

Bei dem Extraordinarium zu Titel V des Ordinariums „Supernumeräre“ beantragt Berichterstatter Steffens die Einstellung von 40.749 fl. und auf die Ausdehnung der Gagenerhöhung auf die Supernumerären nicht einzugehen.

Deleg. Baron Mertens beantragt die Gagenerhöhung auch für die Supernumerären.

Vice-Admiral v. Tegethoff unterstützt diesen Antrag.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Mertens abgelehnt und der Ausschufsantrag angenommen; desgleichen der Ausschufsantrag, welcher der Marineverwaltung das Birement zwischen Titel X des Ordinariums, und der Post der Supernumerären gestattet.

Sodann wird übergegangen zu dem Extraordinarium zu Titel VI des Ordinariums, Herstellung des fixen Flottenstandes.

Berichterstatter Steffens beantragt für diese Post 1.000.000 fl. einzustellen.

Deleg. Graf Wrba stellt den Antrag, für die Herstellung des fixen Flottenstandes nach der Regierungsvorlage 2.760.000 fl. zu bewilligen, und beruft sich auf die Ausführungen des Vice-Admirals v. Tegethoff im Ausschusse.

Deleg. Dr. Kaiser will den Standpunkt nicht weiter kritisieren, daß man sagt, wir bedürftigen noch eine Auslage von 24 Millionen, um 6 Panzerschiffe zu bauen. Auch dann werden wir als Seemacht keine Großmacht sein. Am wenigsten sollte man aber jetzt an diese Auslage denken. Wir haben noch ein Deficit. Ist das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben

hergestellt, dann werden wir auch in der Lage sein, weitere nützliche Ausgaben bestreiten zu können. Dann wendet sich Dr. Kaiser gegen den Berichterstatter Steffens, welcher nach seiner Behauptung das Argument gebraucht haben soll: „Machen Sie die Ausgaben; nicht die Steuerträger werden sie in Zukunft bezahlen, sondern die Staatsgläubiger.“

Berichterstatter Steffens (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich habe ausdrücklich gesagt: die Ehre Oesterreichs ist ebenso engagirt dabei, daß wir die Staatsgläubiger befriedigen, als die Ehre Oesterreichs auf dem Schlachtfelde engagirt ist. Ich muß es also abweisen, was mir imputirt wurde, daß ich irgendwo das Argument ins Feld geführt hätte, daß die Bewilligungen deshalb vorzunehmen seien, weil sie nicht aus dem Säckel der Steuerträger, sondern aus dem der Staatsgläubiger gehen. Im Gegentheile; ich habe gesagt, weil sie aus dem Säckel der Staatsgläubiger gehen, sind wir umsomehr aufgefordert, vorsichtig zu sein. (Zustimmung.)

Deleg. Dr. Kaiser (zur persönlichen Bemerkung): Nicht nur ich allein, sondern auch mehrere Delegirte in meiner Umgebung haben das von dem Berichterstatter dahin verstanden, daß die Ausgaben nicht aus dem Säckel der Steuerträger, sondern aus dem der Staatsgläubiger gehen.

Präsident: Es ist das eine falsche Auffassung und ich bitte, die Sache auf sich beruhen zu lassen.

Deleg. Baron Wüllerstorff bekämpft die Ansichten Dr. Kaiser's. Wir können uns nicht mit kleinen Schiffen verteidigen, sondern nur mit großen. Er stellt den Vermittlungsantrag: Die Summe von 24 Millionen, welche noch erforderlich wird, um nach 9 Jahren einen fixen Flottenbestand zu erreichen, sei so einzutheilen, daß für dieses Jahr 2 Millionen genommen werden, und daß gleichzeitig die Marinefaction ermächtigt werde, jährlich mit Genehmigung der künftigen Delegationen einen proportional höhern Satz einzustellen zu dürfen, bis zur Erreichung der beantragten Summe innerhalb 9 Jahren. Da es aber schwerlich möglich sein dürfte, bei den eingeleiteten Bauten selbst mit 2 Millionen das Auskommen zu finden, so wird der weitere Antrag gestellt, es sei zwischen Titel VI und dem dazu gehörigen Extraordinarium das Birement zu gestatten.

Deleg. Graf Rehbauer unterstützt den Antrag des Grafen Wrba und geht darauf über, die Stärke der österreichischen Marine mit der Italiens zu vergleichen. Sardinien (Rufe: Italien) habe 22 Panzerschiffe, Oesterreich nur 11; Sardinien (Rufe: Italien, Redner verbessert sich) habe 22 Propellerschiffe, Oesterreich nur 19; wenn man dieses Verhältniß in Betracht zieht, so könne man die Mittel zum Baue von 6 Panzerschiffen nicht verweigern.

Deleg. Baron Weiss fordert vor Allem die Festsetzung eines fixen Flottenstandes.

Dagegen glaubt Deleg. Freiherr v. Pasolini, daß wir uns nicht in eine Erörterung des fixen Flottenstandes einlassen sollen, sondern daß nur auf die heuer verlangte Summe einzugehen sei. Dies sei aber notwendig, weil wir auf das Zusammentreffen von Umständen, wie sie bei Lissa waren, nicht immer rechnen können.

Wir müssen uns in die Lage versetzen, einen kräftigen Stoß zu versetzen, auch wenn wir eine große starke, gutgeleitete Flotte vor uns haben.

Deleg. Graf Wickenburg spricht für die Bewilligung des ganzen geforderten Betrages.

Deleg. Dr. Reumann betont die Nothwendigkeit des Schutzes unserer Handelsmarine und schließt sich dem Antrage des Freih. v. Wüllerstorff an.

Deleg. Dr. Rehbauer beantragt, daß nur 500.000 fl. einzustellen seien und erklärt den Antrag des Freih. v. Wüllerstorff für einen inconstitutionellen; denn die Delegation kann unmöglich bindende Beschlüsse für folgende Delegationen fassen.

Deleg. Graf Spiegel: Wenn wir in allen Fragen nur immer bloß die Wehrfähigkeit und nicht auch mitunter die Zahlungsfähigkeit des Reiches berücksichtigen, dann werden eben für den Fall eines Krieges bei uns die drei Dinge fehlen, die man zum Kriegsführen braucht: Geld, Geld und wieder Geld.

Vice-Admiral v. Tegethoff empfiehlt mit Hinweis auf die Ereignisse der Jahre 1859, 1864 und 1866 den Antrag des Grafen Wrba.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters werden der Antrag des Grafen Wrba sowie die Anträge des Deleg. v. Wüllerstorff abgelehnt, der Antrag des Budgetausschusses angenommen.

Zu Titel VII des Ordinariums beantragt der Ausschuf, für Anschaffung v. Werndl'schen Hinterlader-Gewehren 150.000 und für neuartige Bootsgeschütze 20.360 Gulden einzustellen.

Einigen kritisirenden Bemerkungen des Deleg. Rehbauer entgegenet der Linienschiffscapitän Eberau mit dem detaillirten Ausweis über die Beschaffungskosten des Werndl-Gewehres sammt Zubehör.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Ausschusses angenommen.

Zu Post 10—22 (Neubauten) ergreift das Wort Deleg. Dr. Sturm und erklärt, bezüglich derjenigen Neubauten, deren Bewilligung im vorigen Jahre abge-

lehnt wurde, auch heuer nicht in der Lage zu sein, für dieselben stimmen zu können.

Vice-Admiral v. Tegethoff bezieht sich auf die dem Ausschusse vorgelegten Detail-Nachweisungen.

Nach einer Replik des Dr. Sturm wird zur Abstimmung geschritten, Post 10—22 werden nach dem Ausschufsantrage mit 658.944 fl. eingestellt.

Berichterstatter Steffens beantragt, die Posten 13, 24 und 25 zu streichen.

Deleg. Baron Pasolini hält die in diesen Posten projectirten Neubauten zwar für nothwendig, allein man könne ihre Ausführung theilweise hinausschieben, und stellt den Antrag, statt 39.000 fl. nur 30.000 fl. zu bewilligen.

Vice-Admiral v. Tegethoff würde es für sehr wünschenswerth halten, wenn von einem der Herren Delegirten der Antrag der Regierung aufgenommen würde.

Del. Fürst Mensdorff-Dietrichstein erfüllt diesen Wunsch.

Del. Dr. Sturm erklärt sich gegen jede Bewilligung für Bauten.

Del. Freiherr v. Wüllerstorff stellt den Antrag bezüglich der zweiten Post (Bau von Ufermauern) statt 38.700 fl. nur 19.000 fl. einzustellen.

Bei der Abstimmung wird bei Post 23 der Antrag des Fürsten Mensdorff-Dietrichstein, den Ansaß der Regierung einzustellen, angenommen. Der ähnliche Antrag des Fürsten Mensdorff-Dietrichstein bei Post 24 wird abgelehnt; desgleichen der Antrag des Freiherrn v. Pasolini und der gleiche Antrag des Fürsten Mensdorff-Dietrichstein bei Post 25, ebenso bleibt der Antrag des Baron Wüllerstorff in der Minorität.

Del. Graf Wrba: Ich glaube den Wünschen der hohen Delegation zu entsprechen, indem ich Se. Durchlaucht den Herrn Präsidenten im Namen derselben bitte, die Gefühle der treuesten Ergebenheit an Se. Majestät aus Anlaß des allerhöchsten Geburtsfestes auszusprechen.

Präsident: Ich denke, die hohe Versammlung wird mit Freude diesem Antrage beipflichten und mir den ehrenvollen Auftrag ertheilen. (Allgemeine Zustimmung.)

Schluß der Sitzung 3 Uhr 30 Minuten.

Nächste Sitzung Donnerstag, 19. August, 11 Uhr Vormittags. — Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlungen über das Kriegsbudget.

Tagesneuigkeiten.

— (Menschenhandel.) Wir lesen im „Mähr. Corr.“: Seit längerer Zeit wurden in Brünn Mädchen durch die Vorspiegelungen, sie in Pest, Raab, Preßburg u. s. w. in gute Stellungen als Cassierinnen, Einschreiberinnen, Erzieherinnen u. unterzubringen, theils durch hiesige Unterhändlerinnen, theils durch zwei zu diesem Zwecke eigens aus Preßburg hieher gekommene Kupplerinnen angelockt. Diejenigen, die sich verleiten ließen, auf den Antrag einzugehen, wurden in den genannten Städten an Inhaber von öffentlichen Häusern förmlich verkauft. Ein Mädchen, welches auf einen ähnlichen Antrag eingegangen, jedoch noch rechtzeitig den Klauen dieser Seelenverkäuferinnen entklimpfte, hat, nach Brünn zurückgekehrt, die bezügliche Anzeige erstattet, infolge dessen nun umfassende Erhebungen eingeleitet worden sind.

— (Kloster-Mysterien.) Der „Ezas“ schreibt unter Krakau den 16. d. M.: In unserem Blatte vom 7. d. M. berichteten wir, daß in der Angelegenheit der Barbara Ubryl das hiesige Landesgericht den objectiven Thatbestand des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit nach § 93 des Strafgesetzbuches anerkannt und beschlossen hat, gegen die Oberin des Klosters der Carmeliterinnen in Krakau und deren Stellvertreterin die Special-Untersuchung einzuleiten. Gegen diesen Beschluß haben beide Angeklagte an das Ober-Landesgericht die Berufung ergriffen. Was den Carmeliter-Prior Kobzbski anbelangt, hat das Gericht beschlossen, die Untersuchung gegen ihn wegen Mithschuld an dem Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit (§§ 5 und 93 St. G. B.) aufzulassen, gegen welchen Beschluß die Staatsanwaltschaft recurrirte. In diesen beiden Angelegenheiten hat das hiesige Ober-Landesgericht den 17. d. die Entscheidung gefällt, den Beschluß des Landesgerichtes aufrechtzuerhalten und die diesbezüglichen Recurse zu verwerfen. Es wird somit die Special-Untersuchung gegen die Oberin und deren Stellvertreterin eingeleitet, der Prior Kobzbski hingegen in Freiheit gesetzt werden.

— (Zum Brand in Glina.) Wie man der „Agrarier Ztg.“ mittheilt, brach das Feuer bei einem Schneider um 1 Uhr Nachts aus; ob dasselbe angelegt war oder durch Unvorsichtigkeit zum Ausbruch gekommen ist, konnte mit Bestimmtheit nicht ermittelt werden. Das Feuer, von einem Sturmwinde angefaßt, verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit, sprang von einer Gasse zur anderen, und bis 11 Uhr Vormittags waren 56 Wohn- und 30 Nebengebäude durch die Flammen verzehrt. Die Bewohner, welche der Brand aus tiefem Schlaf aufgeschreckt, vermochten bei dem raschen Umsichgreifen des Feuers nichts zu retten; viele flüchteten sich in den Nachtgewändern. Menschenleben ist keines zu beklagen. Der Schaden ist commissionell auf 242.000 fl. erhoben. Die Unglücklichen wurden theils in ärarischen, theils in Privatgebäuden untergebracht. Das Regimentscommando soll sich

